Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Lohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Hildorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neukirchel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niederwürschnitz, Hohenstein-Ernstthal und Hirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 190. | Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. | Dienstag, den 19 August | Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. | 1919.

Nach § 12 der Feuerlöschordnung sind alle männlichen Einwohner der Stadt Lichtenstein vom vollendeten 25. bis zum zurückgelegten 40. Lebensjahre zum Dienste bei der Pflichtfeuerwehr verpflichtet und werden hierdurch aufgefordert, sich **bis zum 20. August 1919 im Einwohnermeldeamte** zur Stammrolle anzumelden. Nichtbefolgung zieht Bestrafung nach sich. Nicht mehr dienstpflichtige Personen, die noch **Armbinden** besitzen, haben diese nebst der s. Zt. behändigten Feuerlöschordnung **bis zum 20. dieses Monats** im Meldeamte abzugeben.

Anmeldungen zur Freiwilligen Feuerwehr — in Frage kommen Personen vom 17. Lebensjahre an — nimmt das Kommando entgegen.

Stadtrat Lichtenstein, am 16. August 1919.

Lebensmittelverkauf in Callnberg

Dienstag, den 19. August, Marmelade auf den Kopf ½ Pfd. für 1 Mk. gegen Lebensmittelkarte B – Marke 48.

Kartoffel-Verkauf, auf den Kopf 3 Pfd. für 65 Pfg., gegen Vorlegung der Brotmarkenbezugskarte Nr. 1—200 vorm. 7—8 Uhr, Nr. 201—400 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 401—600 vorm. 9—10, Nr. 601—800 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 801—Schluß vorm. 11—12 Uhr.

Der Ortsernährungsausschuß für Callnberg.

Gemeinde-Sparkasse Mülsen St. Jacob.

Einlage-Zinsfuß 3 ¼% bei täglicher Verzinsung. — Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren und Kriegsanleihen unentgeltlich.
Gemeindeverbandsgirokonto Nr. 2. Postscheckkonto Leipzig 26808
Fernsprecher Amt Lichtenstein 264.
Geschäftszeit: 8—1, 3—5, Sonnabends 8—2 Uhr.
Strengste Geheimhaltung.

Bezirksverband.
K.-L.-Nr. 834 Getr. a.

Landwirte!

Liefert mahlfähiges Getreide ab, einschließlich der **Wintergerste.** Es wird dringend zur Versorgung der gesamten Bevölkerung gebraucht. Der Ausdrusch muß beschleunigt und alle Gelegenheiten dazu benutzt werden. Verfügung an die Gemeinden erfolgt besonders.

Getreideablieferungen haben in allen Fällen durch die Vermittelung der zugelassenen Kommissionäre zu erfolgen.

Glauchau, den 16. August 1919.

Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.

* In der Pfalz wird ein gewaltsamer Putsch für Anschluß an die in der Gründung befindlichen rheinischen Republik erwartet.

* Polen scheint zu einem neuen Krieg gegen die Tschechen entschlossen zu sein.

* Die angelsächsische Weltpolitik hat nun auch Persien in seine Netze gezogen. Die Vorgänge dort werden von Frankreich mit wachsender Eifersucht betrachtet.

* Nach Mitteilungen von Wiener gut unterrichteter Seite sollen alle deutschen Kriegsgefangenen in Serbien in kurzer Zeit in die Heimat entlassen werden. Der Abtransport aus Serbien wird voraussichtlich am 23. August beginnen.

* Daily News zufolge hat sich die britische Regierung jetzt endgültig gegen die Verstaatlichung der Rohlenbergwerke entschieden.

* In Irland haben blutige Kämpfe begonnen, die bisher vom Militär nicht unterdrückt werden konnten.

* In den Zeiß-Werken (Jena) stellen die Arbeiter erneut Forderungen, deren Erfüllung 5 Millionen erfordern würden. Die Geschäftsleitung erklärt sich hiezu außerstande.

* Wegen Steinkohlennot ist der gesamte Schnellzugsverkehr auf den deutschösterreichischen Bahnen eingestellt.

* Vier englische Flieger warfen am Abend des 13. August auf Kronstadt Bomben, wodurch eine große Feuersbrunst hervorgerufen wurde.

* Ein Havastelegramm meldet aus Jassy: Der Ausschuß des rumänischen Parlaments erklärt sich einstimmig gegen die Räumung des ungarischen Gebiets durch die rumänischen Truppen.

* Eine Abordnung der Tschecho-Slowaken hat dem Sekretariat der Pariser Konferenz eine Note überreicht, in der gegen die Rückkehr des Erzherzogs Joseph zur Macht protestiert wird.

* Im Saargebiet ist, wie „Homme libre" schreibt, ein wildes Streikkomitee der Bergarbeiter gebildet worden. Für den Fall eines Streiks wurde die militärische Besetzung des Saargebiets angedroht.

* Wie die „Times" melden, sind von zwei neutralen Regierungen am 11. d. M. bei der englischen Regierung Schritte unternommen worden in Sachen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

* Aus einem starkzensierten Artikel des Populaire geht hervor, daß es im Elsaß fortgesetzt zu Zusammenstößen französischer Soldaten und Zivilisten mit den deutschsprechenden Eingeborenen kommt.

* „Daily Mail" meldet aus Suez, daß das italienische Kriegsschiff „Basilikata" am Eingang des Kanals infolge Kesselexplosion gesunken sei. Die Verluste an Menschenleben seien erheblich.

* Bei der Bergung des Postdampfers „Laurentic", der während des U-Bootkrieges an der irischen Küste versenkt wurde, fand man Goldbarren von über 1 Million Pfd. Sterling.

* In Anwesenheit des Staatskommissars Severing fanden Einigungsverhandlungen statt. Alle Gewerkschaften erklärten sich gegen den Streik.

* Eine Besserung der Lage im oberschlesischen Grubengebiet hat bereits eingesetzt.

* Das Gesetz gegen die Kapitalflucht, ebenso wie Gesetze über eine außerordentliche Kriegsabgabe und eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, das Grunderwerbungs-, des Zündwaren- und des Spielkartensteuergesetzes fanden am Sonnabend in der Nationalversammlung Annahme.

Die Vermögensabgabe und die Entente.

Eine Anfrage Dr. Friedbergs an Erzberger.

Staatsminister a. D. Dr. Friedberg sendet dem „Berliner Tageblatt" die nachstehenden Zeilen:

Von verschiedenen Seiten, auch von mir, ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Vermögensabgabe dem Zugriff der Entente ausgesetzt sei und deshalb zurzeit ihren Zweck, die Abbürdung der deutschen Kriegsschuld, nicht erfüllen könne. Reichsfinanzminister Erzberger hat dies zweimal ohne Angabe von Gegenbeweisen bestritten. In seiner letzten Rede sagte er wörtlich:

„Nach dem Friedensvertrage kann und darf der Feind unter keinen Umständen auf irgend eine Einnahmequelle, also auch nicht auf das Reichsnotopfer Beschlag legen."

Ich fordere ihn nunmehr öffentlich auf, sich mit folgender Bestimmung des Friedensvertrages auseinanderzusetzen. In der Anlage 2 zum Artikel 233 § 12, Absatz b, heißt es wörtlich über die Beispiele der Wiedergutmachungskommission:

„In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft das deutsche Steuersystem, und zwar: 1. damit alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsdienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen festgesetzten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden, 2. um die Gewißheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso schwer ist als dasjenige irgendeiner der im Ausschuß vertretenen Mächte."

Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, diese Frage restlos klargestellt zu sehen.

Staatsminister Dr. Friedberg.

Eine neue Enthüllung Erzbergers.

Unter diesem Titel schreibt die Leipziger Volkszeitung:

In der Freitag-Sitzung hat Erzberger eine neue Enthüllung gemacht, die eine andere und größere Wirkung haben muß als seine angebliche Enthüllung über die Schuld der alldeutschen Kreise an der Verhinderung der Friedensverhandlungen im Sommer 1917. Auf eine Anzapfung des Abgeordneten Mumm, das deutsche Heer sei von der Heimat aus im Herbst 1918 hinterrücks überfallen und zum Nachgeben gezwungen worden, worauf dann der Zusammenbruch in der Heimat erfolgt sei, antwortete Erzberger mit erhobener Stimme: „Ich kann bestätigen, daß kein Mensch so gegen den Ausbruch der Revolution gearbeitet hat, wie der derzeitige Reichspräsident Ebert. Tag und Nacht hat er gegen den Ausbruch der Revolution gearbeitet, wie ich aus eigener Kenntnis bestätigen muß." Ob Erzberger sich bewußt war, was für einen Bärendienst er dem Reichspräsidenten Ebert mit dieser Enthüllung geleistet hat, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist damit festgestellt, daß in den kritischen Tagen des Oktobers und Novembers Ebert sich für die Erhaltung der Monarchie in Deutschland und für die Macht der alldeutschen Kreise eingesetzt hat, indem er, wie Erzberger sagt, mit allen Kräften Tag und Nacht an der Verhinderung des Revolutionsausbruches gearbeitet hat. Und als dann die Revolution trotz dieser Arbeit Eberts ausgebrochen ist, stellte er sich mit seinem Freund Scheidemann an die Spitze der Revolution und bestürmte die Regierungsstellen. Dieser Verrätersteich, den die Herren Ebert und Scheidemann an der Revolution verübt haben, war bekannt, aber es ist gut, daß er durch die Enthüllung Erzbergers noch besonders festgestellt wird. Herr Erzberger hat aber auch erklärt, er wisse aus eigener Beobachtung, wie stark die antirevolutionäre Tätigkeit Eberts gewesen sei. Sollte Herr Ebert nun seine Verräterarbeit leugnen wollen, so müßte er sich mit seinem Finanzminister auseinandersetzen, und dieser müßte sich dann selbst als Lügner kennzeichnen, wollte er dem Reichspräsidenten bei seiner Ablegung Hilfe leisten.

Die verschwiegene Auslassung ist als ein Erscheinungsmerkmal für die Natur Erzbergers sehr bemerkenswert, und wir geben nur deshalb die Auslassung des „unabhängigen" Blattes wieder, weil die Stimme und Stimmung ein Stück von Erzbergers Charakter andeutet. Mit seiner geschwätzigen und vielgeschäftigen Art muß er unbedingt alle Gelegenheiten über den Zusammenhang und die Zweckmäßigkeit der Dinge verlieren und durch die Verlegenheiten, die er seinen Freunden mit der Zeit bereitet, seinen Anhang und seine Macht zerstören.

Die endgültigen Bestimmungen der Reichsverfassung über den Religionsunterricht

die bisher in der Presse noch nicht klar zum Ausdruck gekommen sind, lauten, nach Mitteilung der sächsischen Aufklärungsstelle, folgendermaßen:

Artikel 143, Absatz 2.

„Innerhalb der Gemeinde sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Be-